



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

VERBÄNDE FORDERN NATIONALES ENTWICKLUNGSPROGRAMM FÜR DIE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

26.06.2006 Fachinformation

Anlässlich einer Anhörung des Verbraucherausschusses des Deutschen Bundestages zur zukünftigen Politik für die ländlichen Gebiete in Deutschland hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund zusammen mit anderen Verbänden eine Resolution formuliert. Sie kritisiert die Reduzierung der EU-Mittel für den ländlichen Raum in Deutschland um 2,1 Mrd. Euro, die viele Bemühungen für eine Stabilisierung ländlicher Räume durch die Stärkung der ländlichen Zentren ernsthaft gefährde. Ländliche Räume seien die Heimat von 68 Prozent der deutschen Bevölkerung, heißt es in der Resolution. 57 Prozent der Wirtschaftsleistung würden im ländlichen Raum erbracht, er sei mit fast 23 Mio. Arbeitsplätzen ein bedeutsamer Wirtschaftsstandort. Die ländliche Entwicklung sei für Zukunftsaufgaben wie die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für die Bewohner der ländlichen Räume, Strategien gegen die Entleerung ländlicher Regionen und die Behebung von Infrastrukturdefiziten von zentraler Bedeutung. Ohne Wachstum und Arbeitsplätze in der Fläche gebe es keinen Aufschwung. Die Entwicklungsbedingungen für die Gebiete außerhalb der Ballungszentren werden nach Einschätzung der Verbände zusehends schwieriger. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gelte es, der Zielvorgabe der deutschen Verfassung, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Deutschlands zu gewährleisten, gerecht zu werden. Deshalb müssten Bund und Länder mehr als bisher eine integrierte Entwicklung der ländlichen Räume fördern. Es müsse darum gehen, Arbeitsplätze zu erhalten, neue zu schaffen und die ländlichen Zentren zu stärken. Nur so könnten von Abwanderung betroffene Gebiete insgesamt stabilisiert werden. Die Verbände plädieren deshalb für ein nationales Entwicklungsprogramm "Ländlicher Raum". Dies könnte kostenneutral aus den Agrarmitteln der EU finanziert werden.

<https://bbu.de/beitraege/verbaende-fordern-nationales-entwicklungsprogramm-fuer-die-laendliche-entwicklung>